

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1

11011 Berlin

- Für Ihre Unterlagen -

Petition an den Deutschen Bundestag
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Persönliche Daten des Hauptpetenten

Anrede	Herr
Name	Orlikowski
Vorname	Achim
Titel	Petition gegen GKV-Beitragserhöhungen – Für eine gerechte Finanzierung und gegen Systemmissbrauch

Anschrift

Wohnort	Köln
Postleitzahl	50996
Straße und Hausnr.	Postfach 501108
Land/Bundesland	Deutschland
Telefonnummer	0174 375 28 28
E-Mail-Adresse	aorlikowski@web.de

Wortlaut der Petition

Die Forderung

Wir fordern die Bundesregierung und den GKV-Spitzenverband auf, von den geplanten Erhöhungen der Zusatzbeiträge für das Jahr 2026/2027 abzusehen. Statt die Beitragszahler einseitig zu belasten, müssen alternative Finanzierungsquellen erschlossen, versicherungsfremde Leistungen konsequent aus Steuermitteln finanziert und Fehlanreize im System beseitigt werden.

Begründung

Begründung und aktuelle Faktenlage

Die finanzielle Belastung der gesetzlich Versicherten hat eine kritische Grenze erreicht. Während die Lebenshaltungskosten stabilisiert werden sollen, drohen im Gesundheitssektor Rekorddefizite, die durch die Beitragszahler ausgeglichen werden sollen.

1. Massive Kostensteigerungen im stationären Sektor

Aktuellen Daten vom März 2026 zufolge beliefen sich die Ausgaben der GKV allein für Krankenhausleistungen im vergangenen Jahr auf rund ****111 Milliarden Euro****. Dieser enorme Anstieg erfordert strukturelle Reformen statt einer bloßen Erhöhung der Lohnnebenkosten.

2. Gerechte Verteilung der Lasten bei Geflüchteten

Seit 2016 sind rund 250.000 ukrainische Staatsbürger sowie deren Angehörige im deutschen Sozialsystem registriert. Diese Personen erhalten vollumfängliche Leistungen der GKV.

3. Kostenbeteiligung:

Wir fordern, dass für die medizinische Versorgung dieser Personengruppe eine direkte Kostenbeteiligung oder ein Ausgleich durch die ukrainische Regierung angestrebt wird.

4. Finanzierung aus Verteidigungsmitteln:

Angesichts der gigantischen Summen, die für militärische Unterstützungen bereitgestellt werden (insgesamt über 352 Milliarden Euro), wäre es nur konsequent, wenn ein geringer Prozentsatz – beispielsweise 2 % dieser Summen – zur Entlastung des deutschen Sozialsystems und zur Deckung der Gesundheitskosten für Geflüchtete herangezogen würde.

5. Fokus auf Grundversorgung und Missbrauchskontrolle

Es ist den Beitragszahlern, die das System seit Jahrzehnten stützen, kaum zu vermitteln, wenn offensichtlicher Wohlstand (z. B. hochwertige Fahrzeuge) auf den Bezug uneingeschränkter Sozialleistungen trifft.

- Wir fordern eine ***striktere Prüfung der Bedürftigkeit**.

- Sollte keine anderweitige Finanzierung möglich sein, muss die medizinische Versorgung für Personengruppen ohne vorherige Beitragsleistung auf eine qualitative Grundversorgung konzentriert werden, um das System vor dem Kollaps zu bewahren.

6. Fazit

Eine weitere Erhöhung der GKV-Beiträge ist ungerecht und wirtschaftlich kontraproduktiv. Die Beitragszahler dürfen nicht die Ausfallbürgen für eine verfehlte Finanzpolitik im Gesundheitswesen sein.

Wir fordern Transparenz, Gerechtigkeit und den Erhalt der Beitragsstabilität!

Anregungen für die Forendiskussion

Solidarität ist keine Einbahnstraße – GKV-Leistungsmisbrauch stoppen!

Das deutsche Gesundheitssystem basiert auf dem Solidarprinzip. Wer einzahlt, sichert sich und andere ab. Doch dieses Fundament gerät ins Wanken, wenn der Zugang zu Leistungen ohne vorherige Beitragsleistung zum Regelfall wird. Besonders im Fokus der aktuellen Diskussion steht die Integration von Geflüchteten aus der Ukraine in das System der gesetzlichen Kassen.

Sozialleistungen, Integration und Gerechtigkeit

Seit Juni 2022 sind Geflüchtete aus der Ukraine im System des Bürgergelds (SGB II) oder der Sozialhilfe (SGB XII) integriert, statt Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu erhalten.

Sehr oft fahren Ukrainer mit nagelneuen Autos der oberen Mittelklasse an Tankstellen vor, während deutsche Bürgergeldempfänger um ihr blankes Überleben und ihre Existenz ringen und für ihre schulpflichtigen Kinder nicht die Schulbücher bezahlen können.

Die meisten Ukrainer sind nur Wirtschaftsflüchtlinge

Soweit Sie es für wichtig halten, senden Sie bitte ergänzende Unterlagen in Kopie (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) **nach Erhalt des Aktenzeichens** auf dem Postweg an folgende Kontaktadresse:

Deutscher Bundestag
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030)227 35257
